

„Wir brauchen 2,1 Milliarden mehr“

Sabine Seidler ist Präsidentin der Uni-Konferenz. Sie spricht über die Macht der Titel, die Causa Höbelt und fordert mehr Geld für die Universitäten.

Frau Professor, in Österreich sollen Handwerksmeister künftig auch Titel führen dürfen. Ist Österreich ein Land der Titelsüchtigen?

Es geht darum, Abschlüsse sichtbar zu machen, aber es lassen sich keine Rechte daraus ableiten. Wenn man Akademiker sein will, dann muss man die entsprechenden Strukturen durchwandern. Wenn Sie einen Installateur benötigen, möchten Sie sicher sein, dass ein Installateur kommt und kein theoretischer Physiker. Was mich aber irritiert, ist, welche Wirkung akademische Titel im Alltag hierzulande erzeugen können. Ein Beispiel: Mein Mann und ich waren in einem Möbelhaus. Er holte seine Visitenkarte heraus, und da stand ein Diplomingenieur beim Namen. Die Verkäufer sind um uns herumgeschwirrt, und wir waren Premiumkunden.

Österreichs Unis sind in Rankings weit hinter jenen in der Schweiz oder Schweden. Wie das?

Das liegt an der Finanzierung und der Art des Studienzuganges. In Österreich ist bzw. war bis vor Kurzem der offene Zugang für fast alle da, was prinzipiell löblich ist. Aber das führt auch zum Massenbetrieb.

Also mehr Geld für die Unis?

Natürlich. Wir planen heuer für 2022 bis 2025. Die

Interview

Unis haben 1,3 Milliarden Euro mehr als in den drei Jahren davor, insgesamt rund 11 Milliarden Budget. Es wird stark ausgebaut und in Personal investiert. Aber um besser zu werden, braucht es nach unserer Berechnung 2,1 Milliarden mehr für die nächste Periode.

Sind Sie diesbezüglich in Kontakt mit dem Minister?

Die Regierung ist neu, aber die gewünschte Zahl haben wir dem Ministerium schon im November kommuniziert.

Bildungsminister Faßmann kommt wie Sie aus dem Uni-betrieb. Ein Vorteil?

Er versteht unsere Anliegen. Ob er sie umsetzen kann, ist eine andere Frage. Er ist abhängig von den Ressourcen, die ihm der Finanzminister gewährt. Fest steht: Für den Anschluss zur Spitze braucht es mehr Geld.

Und Studiengebühren?

Das ist eine politische Entscheidung. Bis jetzt hat die Regierung nichts Konkretes verlautet. Warten wir ab.

Wie sehen Sie Mäzenatentum, also Spender frei von politischen Einflüssen?

Das wäre erstrebenswert.

Vor drei Jahren gab es Änderungen im Stiftungsrecht, um für gemeinnützige Agenten Steuererleichterungen zu ermöglichen. Österreich ist diesbezüglich ein Entwicklungsland. Wir stehen

Sabine Seidler ist Rektorin der Technischen Uni Wien: Sie hofft, dass sich Minister Heinz Faßmann (unten) für mehr Budget der Unis starkmacht



Fotos: Reinhard Holl, Klemens Groh



am Anfang. An der Med Uni Wien läuft ein großes Spendenprojekt mit dem Zentrum für Präzisionsmedizin, ein Leuchtturmprojekt. Aber wir brauchen da einen Kulturwandel.

Dann wäre man nicht mehr von der Politik abhängig...

Das ist ein schöner Traum. Man muss die Realitäten sehen. Aber es gibt heute schon Personen wie Haselsteiner oder Mateschitz, die viel für die Forschung tun. Es gäbe auch viele andere, aber man muss die steuerlichen Möglichkeiten schaffen. Der Kulturwandel könnte beginnen,

indem man begreift, dass Universitäten kein Kostenfaktor sind, sondern Investition in Zukunft. Wir sind auch Wirtschaftsfaktor, produzieren z. B. pro Jahr 3,1 Milliarden Steuergelder.

Ein anderes Thema, das aufregt: Studenten verhinderten Vorlesungen des Historiker Lothar Höbelt ob dessen Nähe zu Rechten und fordern dessen Ausschluss von der Uni. Darf das sein?

Wenn es um Gewalt oder Aggression geht, dann hat das an Universitäten nichts verloren. Und solange sich Herr Höbelt oder wer auch immer auf rechtsstaatlichem Boden bewegt, darf man ihn nicht ausschließen. Wir müssen miteinander reden, sonst sind wir irgendwann in Europa wieder dort, wo wir vor 1914 waren. Und da wollen wir hoffentlich alle nicht mehr hin. Erich Vogl

ZUR PERSON

Sabine Seidler, geboren 1961 in Sachsen-Anhalt, ist Rektorin der TU Wien. Sie wurde 1996 Professorin. Als erste Frau an der TU überhaupt. Seit 1. Jänner 2020 ist die Werkstoffwissenschaftlerin Präsidentin der Universitätenkonferenz.



EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die FPÖ ist begeistert von der Sicherungshaft und würde sie am liebsten knapp vor der Wien-Wahl an H.-C. Strache angewendet sehen.